

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Wird städtische Kinderbetreuung zum Luxus?

Stadt hebt Kita-Gebühren bis zu 16 Prozent an

Mit den Gegenstimmen der LINKEN hat der Gemeinderat kürzlich beschlossen, die Elternbeiträge für die nächsten zwei Jahre drastisch zu erhöhen.

Bezogen auf die aktuellen Elternbeiträge im Kita-Jahr 2016/17 erhöht sich bis zum Kita-Jahr 2018/19 (Beschlussantrag) die Betreuung eines Kindes über drei Jahre bis zum Schuleintritt um knapp elf Prozent auf 114 Euro monatlich, für ein unter Dreijähriges in einer altersgemischten Gruppe um 16,3 Prozent auf 228 Euro/mtl. und für ein unter Dreijähriges in einer Krippengruppe um knapp 16 Prozent auf 335 Euro/mtl., jeweils bei sechs Stunden Betreuungszeit. Im Kita-Jahr 2010/11 kostete ein Krippenplatz noch 258 Euro. Die Gesamtsumme der Elternbeiträge hat sich von 334.165 Euro (2012) auf 666.750 Euro (2016) erhöht – natürlich auch wegen der erhöhten Zahl betreuter Kinder.

Die Stadt rechtfertigt den Gebührensprung doppelt. Erstens mit dem Trick des Landesrichtsatzes von 2009, der seitdem zwischen den kommunalen und kirchlichen Spitzenverbänden be-

schlossen wird. Er sieht vor, dass die Eltern 20 Prozent der Betriebsausgaben zahlen sollen. Wohlgermerkt ist das eine Empfehlung, keine Pflicht! Zweite Begründung ist die Tarifsteigerung bei den Erzieherinnen im letzten Jahr.



Beides widerspricht fundamental den modernen Absichten der Kinderbetreuung in öffentlichen Einrichtungen. Der bundesweite Rechtsanspruch der Eltern auf Unterbringung ihrer Kinder wurde

gerade deshalb beschlossen, dass alle Kinder nicht nur betreut, sondern in der Vorbereitung auf die Schulen am Beginn ihres Lebens gleiche Bildungschancen erhalten sollen. Dies findet in Baden-Württemberg seinen Niederschlag im Orientierungsplan für Kitas.

Er sieht (spielerische) Bildung, Entwicklungsberichte mit Dokumentationen und regelmäßige Elterngespräche vor. Wenn für gleiche Bildungschancen dieser Kinder monatlich 335 Euro gezahlt werden sollen, ist das soziale Auslese und ein Angriff auf die Chancengleichheit. Besonders alleinerziehende Frauen überlegen sich, ob es sich lohnt, bei 335 Euro für die Kinderbetreuung überhaupt arbeiten zu gehen. Häufig wird ihnen nur eine Teilzeitbeschäftigung angeboten. Nicht umsonst sind sie besonders arbeitsgefährdet.

Zweitens werden am neuen Orientierungsplan die erhöhten Anforderungen an Erzieherinnen deutlich. Die Stadt weigert sich nach wie vor, hier leistungsgerecht zu bezahlen. Wenn jetzt Tarifierhöhungen bei den Erzieherinnen dafür erhalten müssen, höhere

Lesen Sie weiter:

Die Lügenpropaganda reißt nicht ab Seite 3

Vegan - nicht nur ein Trend Seite 5

Digitalisierung des Grundschulunterrichts? Seite 7

Jetzt geht's aufwärts mit Europa Seite 9

Wozu dieses überflüssige Spektakel? - G20-Gipfel in Hamburg Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Basistarife der Stadt für Kinderbetreuung bei einem Kind und sechs Stunden täglich

	2016/17	2017/18	2018/19
Über drei Jahre (Regelgruppe)	103 Euro	111 Euro	114 Euro
Unter drei Jahre (altersgemischt)	196 Euro	222 Euro	228 Euro
Unter drei Jahre (Krippe)	289 Euro	325 Euro	335 Euro

Anstatt den Eltern dringend benötigtes Geld für den Lebensunterhalt der gesamten Familie aus der Tasche zu ziehen, anstatt Millionen Euro in eine fragwürdige „Medienausbildung“ an Grundschulen zu stecken (siehe Seite 7), soll die Landesregierung erst einmal ausreichend Geld für die Grundlagen der Ent-

Elternbeiträge zu rechtfertigen, ist das nichts anderes als der Versuch, die Solidarität zwischen Eltern und Erzieherinnen zu untergraben, wie sie bei den letzten Streiks offensichtlich wurde.

Besonders enttäuschend ist, dass die Rottenburger SPD entgegen den großspurigen Ankündigungen ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz, für Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni einzutreten, nicht einmal einen Tripelschritt in diese Richtung wagte. Strohfeder verbrennt schnell!

Laut Bertelsmann-Stiftung zahlen Eltern in Hamburg keinen Cent, in Rheinland-Pfalz ab dem zweiten Lebensjahr und in Berlin ab dem



vierten Lebensjahr keine Gebühren mehr.

Einzig **DIE LINKE** wird auch weiterhin dafür eintreten, dass Erzieherinnen entsprechend den erhöhten Anforderungen im Orientierungsplan leistungsgerecht eingruppiert und bezahlt werden und eine Gebührenfreiheit für alle Altersgruppen eingeführt wird.

wicklung unserer Kinder in den Kitas bereitstellen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

DIE LINKE
Kreis Tübingen

Grobes Sommerfest

Nach dem schönen Erfolg im letzten Jahr findet auch dieses Jahr das Sommerfest wieder statt beim

Bürgerhaus Buse in Rottenburg-Bieringen

Dazu laden wir alle Interessierten, auch gern mit Kindern, zum Sport- und Spielgelände am Bürgerhaus ein!

Für den gesamten Kreisverband Tübingen wird dies zugleich der Auftakt in den Bundestagswahlkampf sein mit Beiträgen von

Bernd Riexinger Parteivorsitzender und Spitzenkandidat Baden-Württemberg **DIE LINKE**

Heike Hänsel Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Tübingen **DIE LINKE**

Am **Samstag, 29. Juli** im **Bürgerhaus Buse, Allmandstraße 50 (Nähe Bahnhof Bieringen und am Radfahrweg Neckartal)** ab **17 Uhr** mit Grillen, Musik, guter Laune und noch besseren Gesprächen für alle Interessierte.

Musik: Power Singer

Die neugegründet Regionalgruppe der „Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba“ wird mit einem **Infostand** und mit frisch zubereiteten **cubanischen Cocktails** vertreten sein.



Die Lügenpropaganda reißt nicht ab

Was die offizielle Seite gerne verschweigt

Je schlechter es um Stuttgart 21 steht, desto mehr berichten die Medien, wie „wunderbar“ dieses Projekt einmal aussehen wird. In Wirklichkeit ist dies aber nichts anderes als Lügenpropaganda, eine Art Hypnotisierung der Massen, um von den verheerenden Mängeln und Unzulänglichkeiten dieses Wahnsinnsprojekts abzulenken.

Geschürt wird dies beispielsweise durch den Verein „Bahnprojekt Stuttgart-Ulm“, dessen Vorsitzender Brunnhuber kürzlich für 40 Bürgermeister aus der Region eine Baustellenführung veranstaltete, damit diese sich ein Bild von dem aktuellen Stand der Bauarbeiten machen konnten. Doch diese Herrschaften wären weit besser beraten gewesen, an einer alternativen Baustellenführung teilzunehmen, die einmal monatlich von den „Ingenieuren 22“ angeboten wird. Dort würden sie nämlich auch Dinge erfahren, die von offizieller Seite gern verschwiegen werden. Hier einige markante Beispiele:

Brandschutz: Völlig unberücksichtigt bleibt der sog. „Blasebalg-Effekt“. Gerät z. B. kurz hinter dem Flughafen-Bahnhof ein ICE im Fildertunnel in Brand, wird das Notbremssystem automatisch abgeschaltet, so dass der brennende Zug durch 10 km Tunnel rast, bis er schließlich im Tiefbahnhof zum Stehen kommt. Die Luftströmungen im Tunnel wirken dabei wie ein Blasebalg und fachen das Feuer erst recht an. Darüber hinaus explodiert ein brennender ICE-Triebkopf, wenn er mit Löschwasser in Berührung kommt.

Kelchstützen: Das Bahnhofsdach mit den „Glubschaugen“ soll durch insgesamt 28 Kelchstützen getragen werden. Wegen der kriminellen Bahnsteigneigung von 15 Promille entstehen bei einer Bahnsteiglänge von 400 Meter sechs Meter Höhenunterschied, die durch Kelchstützen mit jeweils angepasster Höhe ausgeglichen werden müssen, damit das Dach eben bleibt. Von den 28 Kelchstützen befindet sich derzeit nur die erste im Bau, wobei bisher nur der Fuß der Stütze genehmigt ist. Für den Aufbau liegt wegen „Änderungen infolge variabler Gestaltung“ noch nicht einmal eine Genehmigung vor. Nach jetzigem Stand werden

sämtliche Kelchstützen erst 2021 fertig gestellt sein.

Anhydrid: Anhydridhaltige Tunnelabschnitte können nicht so ohne weiteres von der Herrenknecht-Bohrmaschine durchfahren werden. Hier findet die bergmännische Bauweise Anwendung, nachdem die Tunnelbohrmaschine aus



dem Tunnel herausgefahren wurde und dann still steht. Darüber hinaus ist es extrem schwierig, die Tunnelwand gegen eindringendes Wasser abzudichten, um das gefährliche Aufquellen des Gesteins zu verhindern. Und selbst nach der Fertigstellung sind umfangreiche Reparaturarbeiten wegen Anhydridschäden vorprogrammiert, die den Zugverkehr stark einschränken dürften.

Fertigstellung: Die Bahn geht immer noch von einer Fertigstellung Ende 2021 aus, das Richtfest des Bahnhof-Rohbaues soll 2018 stattfinden. Bei der Baufirma Züblin rechnet man hinter vorgehaltener Hand mit einer Fertigstellung von frühestens 2027, was die Kosten weiterhin immens in die Höhe treiben wird. Schon jetzt sind die Bauarbeiten zwei Jahre in Verzug, von denen die Bahn ein Jahr „aufholen“ möchte. Verkehrsminister Hermann und der Stuttgarter OB Kuhn rechnen ebenfalls mit einer Fertigstellung 2021, weil sie Angst haben, die Kosten könnten weiter explodieren.

Freiflächen: Von den 100 Hektar Gleisflächen im Vorfeld des Kopfbahnhofes sind nur 14 Hektar für eine künftige Bebauung nutzbar.

Bäume im Schlossgarten, Feinstaub: Dank lautstarken Protests blieben im sonst abgeholzten Schlossgarten drei Platanen erhalten, die wegen des Juchtenkäfers nicht gefällt werden durften. Die von offizieller Seite aufgestellte Behauptung, Stuttgart 21 helfe das Feinstaubproblem zu lösen, istbarer Unsinn, denn durch die Abholzung der Bäume wird dieses geradezu noch ver-

größert. Aber auch sonst dürfte S21 das Feinstaubaufkommen nicht verringern.

Diese sind nur einige Punkte, die den Damen und Herren Bürgermeistern die Augen öffnen könnten, sollten sie an einer alternativen Baustellenführung teilnehmen. Bei deren offizieller Baustellenbesichtigung wurde dies alles natürlich nicht erwähnt, ebenso wenig die zahlreichen indirekten Folgen, die infolge der Vorrangstellung von Stuttgart 21 entstehen, wie z. B. die Verzögerung der Elektrifizierung der Strecken Tübingen – Aulendorf und Ulm – Friedrichshafen. Auch der zweigleisige Ausbau der Strecke Horb – Tuttlingen ist davon betroffen, und der Ausbau der extrem wichtigen Strecke Karlsruhe – Basel (mit anschließendem Gotthardtunnel) wird bis 2040 dauern. Auf der Strecke bleiben auch die Güterbahn in der Fläche sowie die Modernisierung zahlreicher kleinerer Bahnhöfe.

Und auch von dem Alternativ-Projekt „Umstieg 21“ war natürlich keine Rede. Obwohl bei einer kürzlich durchgeführten Umfrage sich zwei Drittel der Befragten zumindest für eine Prüfung dieser Möglichkeit ausgesprochen hatten, darunter auch einige Bürgermeister, fehlt hierfür nach wie vor der politische Wille. Dabei wurde sämtlichen Gemeinden der Region eine Broschüre mit Informationen über „Umstieg 21“ zugesandt.

Nach einer solchen „Gehirnwäsche“ waren die Teilnehmer sehr beeindruckt von der präsentierten „Ingenieurskunst“, so dass es kaum zu „kritischen Fragen“ kam. Der Gemeindegatspräsident Roger Kehle mahnte, das Projekt sei für die Wirtschaft von größter Bedeutung, „wenn wir die führende Stellung in Deutschland und Europa behalten wollen“. Kehle weiter, das Projekt habe „alle Stufen bürgerlichen Engagements durchlaufen“. Protest sei legitim, doch „jetzt muss Schluss sein“. Doch da irrt Herr Kehle gewaltig, denn wir werden weiterhin den Finger in die Wunde legen, bis Stuttgart 21 endgültig gestoppt wird, und vor allem

OBEIN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

40 Jahre GIBA: Eine Ausbildungsperle in Rottenburg

Stadtspitze blamiert sich

Zum Tag der Offenen Tür und zum Jubiläum des 40-jährigen Bestehens der Gesellschaft für Integration, Beschäftigung und Ausbildung (GIBA) in Wendelsheim konnte ihr Leiter Sascha Eberhardt Vertreter der Karola-Bloch-Stiftung, der IHK Reutlingen, des Landratsamts und viele Leiter von Berufsschulen und kooperierenden Betrieben begrüßen.

Äußerst peinlich: Rottenburgs Stadtverwaltung glänzte durch vollständige Abwesenheit. Dabei ist die GIBA ein bundesweites Vorzeigeprojekt, so Vorstand Michael Wandrey von der Hilfe zur Selbsthilfe e.V. der Karola-Bloch-Stiftung, die die GIBA trägt. Sie ist Sozialeinrichtung und Betrieb zugleich, da hier benachteiligte Menschen vor allem für Metallberufe ausgebildet werden, zugleich für Betriebe arbeiten und die Azubis nach ihrem

Abschluss innerhalb von drei Monaten zu 95 Prozent in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Petra Brenner von der IHK lobte neben der hohen Ausbildungsqualität das ehrenamtliche Engagement der GIBA bei den IHK-Prüfungen. Sascha Eberhardt hob die innovativen Ideen der GIBA hervor: Ihre Einführung von 'digitalen Tagebüchern' bereits vor 14 Jahren, die Arbeit mit 3D-Druckern und die Ausbildung von Geflüchteten.

Doch genau hier besteht Gefahr, wie Ulrike Dimmler-Trump vom Landratsamt betonte: **Das Job-Center will das erfolgreiche Ausbildungsprojekt zu**

Maschinen- und Anlagenführern aus völlig ungeklärten Gründen nicht weiter finanzieren.



Hinzu kommt, dass Innenminister Thomas Strobl die einjährige Einführungsqualifikation für Geflüchtete bei Abschiebungen nicht anerkennen will. Sie ist aber für Betriebe und Geflüchtete als ein vorbereitendes Praktikum mit Sprachunterricht elementar, weil diese sonst in der Berufsausbildung scheitern würden. Insgesamt fährt die CDU vor den Bundestagswahlen einen **Kurs der Abschreckung und Verhinderung von Integration**, die sowohl den mittelständischen Betrieben wie auch den Geflüchteten schadet.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Wahl in Frankreich - Fluch oder Segen?

Anmerkungen zur Parlamentswahl 2017

... Was hat Hartz IV mit Frankreich zu tun?

Durch Hartz IV werden die Löhne in Deutschland gedrückt. Den deutschen Arbeitern geht es schlecht. Durch den großen Niedriglohnsektor können deutsche Firmen billig nach Frankreich liefern. Da können die französischen Firmen nicht mithalten und gehen Konkurs. Also fabrizieren die deutschen Firmen in Frankreich Arbeitslose. Da es keine Zölle mehr gibt, kann man diese Ungleichheiten nicht auffangen. Zwischen Deutschland und Frankreich ist Krieg, Handelskrieg, von den Deutschen eingeführt. Die deutschen Superkapitalisten sind die schlimmsten Preistreiber auf der Welt.

Jetzt haben die superreichen Kapitalisten in Frankreich Macron innerhalb



eines Jahres aufgebaut, damit er auch in Frankreich Hartz IV einführen soll, sodass die französischen Firmen wie-

der konkurrenzfähiger werden. Macron kann laut Hochrechnung mit 355 - 425 Sitzen der insgesamt 577 Sitze rechnen. Aber in Frankreich kann man kein Hartz IV einführen, denn dann brennt Frankreich noch schlimmer. Es werden viele Autos und Häuser brennen, sodass Frankreich im Chaos versinkt. ... Es wäre besser man führte in der EU wieder Zölle ein, um die Ungleichheiten wieder aufzufangen. Deswegen weg mit Hartz IV.

Vielen Dank meine Damen und Herren.



(Aus meiner Rede bei der Montagsdemo in Tübingen am 19. Juni 2017)

Hans Jürgen Petersen
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Vegan – nicht nur Trend, sondern politisches Statement

Umkehr geboten

Bei „vegan“ denken viele Menschen an "Hippie", "Umwelt-Öko" oder "Gutmensch". Jedoch sind diese Vorurteile längst überholt und der Veganismus ist weit mehr als nur ein Trend. Seit vielen Jahren entscheiden sich immer mehr Menschen dauerhaft für einen veganen Lebensstil. Die Gründe dafür sind vielfältig. Hier spielen unter anderem der Umweltschutz, soziale Aspekte sowie die eigene Gesundheit eine große Rolle.

Verschiedene Studien zeigen, dass der Fleischkonsum Klimakiller Nummer 1 ist. So werden nach einer UN-Studie 18% der weltweiten Klimagasemissionen durch die Haltung von Nutztieren hervorgerufen. Andere Studien ergaben sogar Werte von bis zu 51%. Und damit nicht genug: Auch der Wasserverbrauch ist immens hoch. Zur Produktion von einem Kilo Fleisch werden 15.500 Liter Wasser benötigt. Zudem braucht man 16 kg Getreide, um ein Kilogramm Rindfleisch zu produzieren. Somit werden aus 100 Kalorien Getreide gerade einmal 10 Kalorien Fleisch. Weltweit werden 50% aller Ernten an Nutztiere verfüttert, statt sie direkt dem Menschen zuzuführen.

Jetzt denken sich vielleicht einige: Vegane Alternativen aus Soja zu konsumieren ist auch nicht viel besser!

Jedoch wird 90% des weltweit angebauten Soja als Futtermittel in der Tierhaltung eingesetzt. Hierfür werden große Flächen des Regenwaldes abgeholzt. Das Soja, welches für den menschlichen Verzehr angebaut wird, kommt hingegen fast ausschließlich aus Mitteleuropa, sogar zu einem großen Prozentsatz aus Deutschland und ist im Gegensatz zum Futtermittel nicht gentechnisch verändert.

Doch nicht nur die Umwelt leidet unter der Viehzucht: Die Weltbevölkerung

besteht derzeit aus ca. 7,5 Milliarden Menschen und wächst kontinuierlich. Jeder Achte, also knapp eine Milliarde Menschen, hungert. Das ist ein unlösbares Problem? Wir produzieren jährlich genug pflanzliche Lebensmittel, um 12 Milliarden Menschen zu ernähren. Jedoch verfüttern wir einen Großteil der Nahrung an sogenannte Nutztiere, was - wie bereits beschrieben - sehr ineffektiv ist. Hier zeigt

linksjugend
['solid']



sich: **Je mehr tierische Produkte konsumiert werden, desto weniger Menschen können auf der Erde ernährt werden.** Diese Aspekte gelten übrigens nicht nur für Fleisch, sondern für sämtliche tierische Produkte. Auch Kühe und Hühner müssen ernährt werden, damit sie Milch und Eier produzieren können.

Durch die kommerzielle Fischerei sind die Fischbestände bereits bis an die Grenzen erschöpft und ganze Ökosysteme im Meer zerstört worden, was für unsere Umwelt sowie die Welternährung ungeahnte Folgen haben wird.

Aber kann das gesund sein, all diese Lebensmittel wegzulassen? Studien geben hier Aufschluss:

Veganer müssen sich über viele der gängigen Zivilisationskrankheiten kei-

ne großen Sorgen machen. Beispielsweise besteht keine Gefahr von zu hohen Cholesterin-Werten, da dieses in pflanzlichen Produkten nicht vorkommt. Hier wirkt eine vegane Ernährung nicht nur präventiv, sondern kann einen zu hohen Cholesterinspiegel auch aktiv senken. Durch den höheren Konsum von Ballaststoffen kann zusätzlich Übergewicht vorgebeugt werden. Veganer weisen hier im Durchschnitt einen deutlich vorteilhafteren Body-Mass-Index auf.

Hinzu kommt, dass Tieren standardmäßig in großen Mengen Hormone und Medikamente wie Antibiotika verabreicht werden, um die Produktion von tierischen Nahrungsmitteln rentabler und schneller zu gestalten. Diese sind zumeist noch in den Produkten enthalten, wenn der Mensch sie konsumiert.

Neben diesen enthält Kuhmilch auch Wachstumshormone und Antikörper, welche für das schnelle Wachstum von Kälbern und nicht für erwachsene Menschen gedacht sind. Erstere führen beim Menschen unter anderem zu schnellerem Einsetzen der Pubertät und einem stärkeren Tumorwachstum.

Auch multiresistente Keime sind ein großes Problem in der Tierhaltung, und laut Studien mittlerweile in 9 von 10 Putenbrüsten enthalten. Zusätzlich erhöht der Konsum tierischer Produkte das Risiko, an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung, Diabetes mellitus oder Adipositas zu erkranken. Durch den Umstieg auf eine vegane Ernährung können diese Risiken daher rapide gesenkt werden.

Doch ist ein Mangel an Spurenelementen und Vitaminen auszuschließen?

In pflanzlicher Nahrung ist die Dichte an Vitaminen und Mineralstoffen insgesamt weitaus höher. Auch die acht

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

unterschiedlichen Kombinationen aus Bohnen, Getreide, Kartoffeln und Gemüse leicht abgedeckt werden. Hanfsamen enthalten beispielsweise alle acht Aminosäuren in den besten Verhältnissen. Ein Proteinmangel stellt daher bei einer veganen Ernährung keinerlei Gefahr dar. Zugewetzt werden muss ausschließlich Vitamin B12, welches nur von Mikroorganismen erzeugt wird. In tierischen Produkten kommt es hauptsächlich deshalb vor, weil es den Tieren als Supplement ins Futter beigemischt wird. Der Mensch kann

seinen Bedarf zum Beispiel durch Tabletten oder eine spezielle Zahnpasta decken. Einigen pflanzlichen Milchalternativen wird außerdem schon B12 beigemischt.

Doch ist vegan leben durch all diese Alternativprodukte nicht viel teurer?

Nein, denn eine gesunde vegane Ernährung kann auch ohne derartige Produkte auskommen und Grundnahrungsmittel wie Getreide, Obst und Gemüse sind nicht kostspielig. Außer-

dem sind viele Alternativprodukte in Bioqualität, weshalb ihr Preis mit dem von biologischen Tierprodukten verglichen werden muss.

Zusammenfassend ist eine vegane Ernährung also nicht nur von Vorteil für Umwelt und Tiere, sondern auch die eigene Gesundheit und die Mitmenschen können davon profitieren.

Sabine Peisert und Florian Lany
linksjugend [solid] Rottenburg

Nachhaltigkeit im Gemeinderat Grüner Schleuderkurs

Die grüne Gemeinderatsfraktion hatte einen Antrag eingebracht zur Begrenzung der Grundstücke für Häuslebauer und war damit gescheitert. Im Anschluss daran verlas Frau Clauss eine Erklärung, dass die Grünen die einzige politische Kraft für Umweltschutz und Nachhaltigkeit seien. Dem widersprach **Dr. Peter (DIE LINKE)** in der folgenden GR-Sitzung vehement:

Stellungnahme DIE LINKE zur Erklärung der Grünen im GR vom 27. Juni 2017

1. Wir weisen die Stellungnahme der Grünen in der letzten GR-Sitzung nach der Abstimmung über die Grundstücksgröße für Einfamilienhäuser mit aller Deutlichkeit zurück. Die Selbststilisierung als einzige Kraft, die für ökologisches Handeln und Nachhaltigkeit in Rottenburg eintritt, brüskiert Gemeinderat, Ortschaftsräte und Stadtverwaltungen in unserer Fair-Trade-Stadt mit ihrer Fair-Trade-Hochschule in mehrfacher Hinsicht.

2. Der Antrag der Grünen, Einfamilienhäuser in der Regel auf 500 qm² zu begrenzen, ist ein Misstrauensvotum gegen die Ortschaftsräte, denen unterstellt wird, nicht verantwortungsbewusst und nachhaltig mit dem raren Gut Bodenfläche umzugehen. Zudem verkürzt er die aktuelle Diskussion über den Flächenverbrauch unzulässig auf Privathäuser, anstatt den Flächenverbrauch bei neuen Gewerbesiedlungen mit einzubeziehen. So drücken sich die Grünen seit Monaten um eine Position zum geplanten Gewerbegebiet Galgenfeld.

3. Nachhaltigkeit in unserer Stadt um-

fasst wesentlich mehr als den Flächenverbrauch: Die Stadtwerke, die bald ihr 125-Jahre-Jubiläum begehen werden, können mit 100-Prozent Ökostrom, dem anaeroben Verfahren bei der Kläranlage Kiebingen und ihrem Trinkwasser unter öffentlicher Kontrolle beispielgebend auch für unsere Nachbarstadt Tübingen sind. Darauf sollten wir gemeinsam stolz sein und dies nicht für eine Partei instrumentalisieren.

4. Für die Diskussion über Nachhaltigkeit sind der Brundtland-Bericht der UN von 1987 und der Erdgipfel von Rio 1992 mit ihrem Dreieck der Nachhaltigkeit aus Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit grundlegend. Die Vernetzung aller drei Aspekte gehört unweigerlich zusammen. Deshalb hat das Hochbauamt auf Initiative der Linken nicht nur die schädlichen, so genannten Energiesparlampen in Kitas, Schulen und Sporthallen durch LED-Leuchten ersetzt, sondern auch die Straßenbeleuchtung.

5. Zur Gesundheitsvorsorge unserer Kinder und zur Förderung von Biobauern und Streuobstwiesen haben wir Linke im Gemeinderat die Initiative eingebracht, Kitas und Grundschulen mit kostenlosem Obst zu versorgen. Wir freuen uns, dass dieser Vorschlag

heutzutage von zahlreichen Kitas und Schulen in unserer Stadt verwirklicht wird.

6. Trotz dieser Fortschritte für eine nachhaltige Entwicklung unserer Fair-Trade-Stadt halten wir diese Ideen für ausbaufähig. Gegenwärtig findet unter dem Label der Nachhaltigkeit eine große Ressourcenverschwendung durch die E-Autos statt, in die massiv Steuergelder investiert werden, anstatt den ÖPNV auszubauen und für einen kostenlosen Nahverkehr einzutreten. Ähnliches passiert bei der Digitalisierung. Wir kündigen an, dass wir im Gemeinderat Initiativen zum Ausbau und Förderung von Biolandwirtschaft, regionalen Bauernmärkten und Dorfläden einbringen werden. Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss hier eindeutige Prioritäten setzen.

Zum Dreieck der Nachhaltigkeit gehört auch die gebührenfreie Ausbildung aller Kinder von der Kita bis zur Uni. Sie entscheidet maßgeblich über eine ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit in unserer Industriegesellschaft.

Lassen Sie uns deshalb im Gemeinderat gemeinsam „Global denken – lokal handeln“.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

„Digitalisierung“ des Grundschulunterrichts?

Grundschule Wurmlingen ist Medienreferenzschule

Erst nach Aufforderung von Stadtrat Dr. Peter (**DIE LINKE**) an die Stadt wurde die geschäftsführende Schulleiterin der Grundschule Wurmlingen Donata Kolb in den Sozialausschuss eingeladen. Die Grundschule mit ihren 82 SchülerInnen soll seit Februar den sinnvollen Einsatz digitaler Medien wie Notebooks, WLAN, Computer usw. ab der 1. Klasse erproben.

Begeistert berichtete Kolb vom Einsatz der neuen Geräte, auch weil die zehn Jahre alten Computer dringend Erneuerung brauchten. Es gibt jetzt einen Raum mit acht Computern, 10 Laptops und pro Stockwerk einen Beamer. Dringend benötigt werden noch 15 Tablets. In den Unterrichtsfächern wird momentan erprobt, wie sich die Medien gezielt für besseres Lernen einsetzen lassen. Außerdem sollen die SchülerInnen lernen, kritisch damit umzugehen. Die Erfahrungen werden vom Lehrerkollegium ausgewertet und ein Medienlehrplan erarbeitet, der im Herbst an andere Schulen in Fortbildungen weitergegeben werden kann.

Murks bei Personal und Geld

Die Schule setzt damit den neuen Bildungsplan der Landesregierung um, in dem der Medieneinsatz verankert ist, jedoch völlig unausgegoren und ohne ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung. Da der Medieneinsatz im Bildungsplan nicht als „verpflichtend“ erscheint, entzieht sich – so Kulturamtsleiter Karlheinz Geppert – die Landesregierung ihrer Pflicht, gemäß dem Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, der zahlt“, die Kosten zu tragen. Die Kommunen müssen dafür aufkommen. Für Wurmlingen bedeutet das schon jetzt: Die Schule hat keinen Systemadministrator für die Wartung der Internetverbindungen, sondern muss einen teuren Wartungsvertrag abschließen.

Für die zeitintensive Erarbeitung des Lehrplans bekommt die gesamte Schule eine Deputatsstunde Ermäßigung – eine Verhöhnung des Kollegiums. Will die Stadt die Medien auch an anderen

Grundschulen einführen, bekommt sie vom Land keinen Cent, denn den Medienzuschlag von 30 Euro gibt es nur für weiterführende Schulen! Die 3,2



Mio. Euro in Rottenburgs Haushalt (für Breitbandvernetzung) werden bei weitem nicht ausreichen. Beim einmaligen Anschaffen der Geräte bleibt es nicht: Sie müssen alle vier bis fünf Jahre erneuert werden und viele Schulen brauchen auch sanierte Räume dafür. Damit werden Lehrkräfte und SchülerInnen zu billigen Versuchskaninchen in einem unsicheren Großprojekt.

Der Städtetag Baden-Württemberg fordert vom Land einen Multimediazuschlag von 100 Euro pro Schüler, also 150 Mio. Euro pro Jahr. Insgesamt betragen die Gesamtkosten für die Schulen 1,8 Milliarden Euro. Eine große Kostenlawine rollt auch auf Rottenburg in den nächsten Jahren zu, so dass sich die Frage stellt, in welchem Verhältnis der pädagogische Nutzen zum Kostenaufwand steht. Denn die Landesregierung hat für ausreichend Lehrpersonal kein Geld: **Die Grundschulen sind die einzige Schulart, die von Stuttgart keine Poolstunden für die individuelle Förderung von Schülern erhält!**

Strahlenbelastung und Mediensucht

Das Prestigeprojekt von Medienminister Thomas Strobl hat noch weitere Risiken. Die Strahlenbelastung sei nicht so hoch wie bei Handys, so die Antwort von Martin Krohmer vom Kreismedienzentrum Tübingen auf die

Frage einer besorgten Mutter. Wie tröstlich!

Ein weiteres Problem ist die wachsende Internetsucht von Kindern und Jugendlichen. Experten gehen von 600.000 Süchtigen und 2,5 Mio. gefährdeten Nutzern aus. Übermäßiger Medienkonsum führe bei Grundschulkindern ab sechs Jahren zu Sprach- und Konzentrationsstörungen sowie motorischer Hyperaktivität, so die neueste BLIKK-Medienstudie des Bundesgesundheitsministeriums.

Aber was kümmert das die Internet-Konzerne? EU-Digitalkommissar Andrus Ansip, Nachfolger von Günther Oettinger, fordert die Einführung von Internet bereits für Kita-Kinder: „Wir müssen die Menschen erziehen, damit sie keine Angst vor der digitalen Wirtschaft haben, sondern sie sogar fördern.“

Die grün-schwarze Landesregierung fördert den Breitbandausbau in diesem Jahr mit 134 Mio. Euro, denn die privaten Anbieter entscheiden „nach Wirtschaftlichkeit“, in welchen Gebieten sie Breitband einführen – für den ländlichen Raum soll der Steuerzahler aufkommen!

Die Euphorie von MP Kretschmann bleibt beim Auftritt der neoliberalen Lobby-Organisation 'Neue Soziale Marktwirtschaft' in Berlin ungebrochen:

„Die Grünen in Baden-Württemberg sind eine wirtschaftsnahe Partei, und die CDU sowieso.“



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Spitzenkandidat Bernd Riexinger (Die Linke) auf dem GEW-Gewerkschaftstag 2017

„Die Linke würde fünf Jahre lang rund 60 Milliarden Euro in die Bildung stecken“, sagte Linken-Chef Bernd Riexinger auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg. Dieses Geld sei vorhanden, „nur in hohem Maß ungerecht verteilt“. Riexinger warb für die geplante Vermögenssteuer seiner Partei von fünf Prozent ab der zweiten Million. Dies würde 80 Milliarden Euro mehr pro Jahr für den Staat bedeuten – Einnahmen, die den Ländern und damit auch dem Bildungssystem zugutekämen.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe betonte in ihrer Antwort auf Riexinger, „nahezu alle Forderungen“ hätten auch von ihr kommen können. „Die Linke“ und GEW hätten viel gemeinsam, „aber noch nicht die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gewonnen“.

(aus: Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 06/2017)

GEW diskutiert über Digitalisierung und fordert mehr Personal und Geld

„Ich nutze privat alle möglichen IT-Geräte: Smartphone, Tablet, Laptop - kein Problem. Aber im Laufe der Jahre habe ich Elektronik immer seltener in meinem Unterricht eingesetzt. Es gibt immer irgendwas mit der Schulausstattung, das nicht funktioniert: Mal will ein Monitor nicht mit dem Rechner zusammenarbeiten, mal läuft ein Film einfach nicht, dann ist wieder ein Boxenkabel kaputt. Das kann meine ganze schöne Vorbereitung ruinieren.“ (Anke W., Deutschlehrerin an einer Hamburger Stadtteilschule)

„Ich bin Diplom-Wirtschaftsinformatiker und habe anschließend Realschullehramt studiert. Ich unterrichte jetzt das fünfte Jahr und bin jetzt im zweiten Jahr an der Kerschensteiner GMS in Mannheim. Ich bringe viel Know How mit und würde mich sehr gerne in meiner Schule engagieren. Aber ich soll für 2 Lehrerwochenstunden unser Netzwerk mit 200 Computern betreuen? Das ist ein Witz. Und in der Schule arbeiten wir mit (immerhin) 10 Laptops pro Klassenzimmer in einem langsamen, dauernd kollabierenden Netzwerk, das von einem heillos überforderten Admin betreut wird. Die Lehrer sind nicht ausgebildet, die IT Infrastruktur fehlt (schnelle Internetanbindung, leistungsstarkes WLAN, Laptops + Tablets für jeden Schüler) und eine vernünftige Betreuung. Ich bin sehr frustriert.“ (Stefan Besthorn)

„Zu wissen, wie ein App bedient wird, macht noch nicht medienkompetent. Die sinnvolle Anwendung von digitalen Medien umfasst m.E. nach mehr: welche Rechte will z.B. eine App auf meinem Smartphone und welche Risiken sind damit verbunden. Einen reflektierten Umgang mit Medien lernen Schüler/innen nicht - wie die Bedienung der App - intuitiv/ autodidaktisch. Die Thematisierung im Unterricht ist daher wichtig. Gleichwohl heißt das für mich nicht, dass nur noch mit Smartboards und Tablets unterrichtet werden muss. Auch der Einsatz digitaler Medien im Unterricht muss reflektiert erfolgen.“ (David Warneck)

Tarifeinheits-Urteil: Grenzen des Grundgesetzes überdehnt

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 11. Juli 2017

„Wir hätten uns gewünscht, dass Andrea Nahles' Tarifeinheitsgesetz komplett gekippt wird. Das ist leider nicht der Fall. Nichtsdestotrotz zeigt sich am Urteil des Bundesverfassungsgerichts, vor allem aber auch am Minderheitenvotum, dass die Bundesarbeitsministerin die Grenzen des Grundgesetzes deutlich überdehnt hat“, kommentiert Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tarifeinheitsgesetz. Ernst weiter:

„Wenngleich Teile des Gesetzes als mit der Verfassung nicht vereinbar bezeichnet werden, hat das Gericht sie leider nicht für nichtig erklärt. Stattdessen muss der Bundestag die entsprechenden Passagen bis Ende 2018 nachbessern. Eindeutig klar gestellt wurde allerdings, dass kleine Gewerkschaften auch dann für einen Tarifvertrag streiken dürfen, wenn dieser nicht zur Anwendung kommt. Damit ist zumindest das Ansinnen der Bundesregierung, kleinen Gewerkschaften das Streikrecht zu entziehen, unterbunden worden.“

Nach diesem Urteil muss sich der Deutsche Bundestag erneut mit dem Tarifeinheitsgesetz beschäftigen. Ich erwarte, dass dabei auch das einleuchtende Votum der Minderheit der Karlsruher Richter Berücksichtigung findet. Auch durch dieses Votum fühlen wir uns in unserer Auffassung gestärkt. DIE LINKE wird weiter dafür kämpfen, ein effektives Streikrecht für alle Beschäftigten zu erhalten.“

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Jetzt geht's aufwärts mit Europa!

Panzermotoren als Motor der Europäischen Integration

Kaum jemand widerspricht der Behauptung, um Europa stehe es nicht zum Besten. Nicht alle EU-Europäer partizipieren am Wohlstand und Solidarität ist lediglich eine plakative Forderung, die nicht in die Praxis umgesetzt wird. Wie tut es gut, dass zumindest in einem Bereich Gemeinsamkeit angestrebt wird: bei der Rüstung und Verteidigung.

Die Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten der französischen Republik entfachte bei vielen eine Euphorie: Jetzt geht es wieder aufwärts mit diesem Europa. Mit Schwung und Charme geht es an die Arbeit. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wird neu belebt. Macron und Merkel werden die EU in eine neue lichte Zukunft befördern. Zwar gibt es einige Bedenkenträger, die befürchten, dass dieses neue Europa weniger ein sozialeres Europa sein wird, sondern ein neoliberales. Einige Pläne im Bereich Arbeit und Wirtschaft scheinen dies zu bestätigen. Man kann gespannt sein, wie die französischen Gewerkschaften darauf reagieren werden. Aber es gibt keinen Grund entmutigt zu sein. In einem Bereich wird alles besser: mit Kampfflugzeugen.

Eine engere Zusammenarbeit im Verteidigungs- und Rüstungsbereich wird angestrebt, die, so Merkel, „Europa wirklich nach vorne bringen kann.“ Auch soll ein neuer Kampfpanzer und ein Artilleriesystem entwickelt werden, ebenso eine Euro-Drohne und Satelliten. Damit die europäischen Nachbarn keine Angst bekommen, steht es ihnen frei sich zu beteiligen. Die Unabhängigkeit von amerikanischen bzw. israelischen Waffenschmiedern werden sie sich alle etwas kosten lassen. Den Briten wird es gruseln, denn es ist ungewiss, welche Rolle sie auf einem europäischen Rüstungsmarkt noch spielen können. Der Rest wird dankbar sein für diese deutsch-französische Führerschaft zu einem vertieften militarisierten Europa.

Es ist entlarvend für dieses Europa, dass es gerade im Bereich von Verteidigung und Rüstung vorangebracht werden soll. Deutschland und Frankreich sollen zum Motor für die europäische Verteidigungsunion werden.

Brauchen wir eine Verteidigungsunion? Wäre es nicht viel wichtiger eine Sozialunion zu schaffen?



Es tut sich schon etwas auf dem Gebiet gemeinsamer Rüstungsanstrengungen. Bis 2028 sollen alle französischen Regimenter mit Sturmgewehren von Heckler und Koch ausgerüstet werden. Immerhin ein Auftrag über 102.000 Gewehre. Die Soldaten der Grande Nation marschierten mit deutschen Gewehren am Nationfeiertag über die Champs-Élysées. Wenn das kein Zeichen von Versöhnung und Friedfertigkeit ist! Der Zusammenschluss des Panzerbauers KMW (Krauss-Maffei

Ich rede doch nicht der Militarisierung der EU das Wort. Das wäre lächerlich und entspräche nicht dem, was man sich gedacht hat, als man die EU aus der Taufe gehoben hat. Tatsache ist, dass die EU nicht darauf ausgelegt war, Weltpolitik zu machen. Das entdecken wir erst jetzt. Es gibt weltweit die Erwartung, dass Europa international eine stärkere Rolle spielt. Um das glaubwürdig zu tun, müssen wir unseren Laden in Ordnung bringen. Das gilt auch für militärische Kapazitäten.

Jean Claude Juncker, Kommissionspräsident
In: Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 2017

Wegmann) mit dem französischen Rüstungsproduzenten Nexter ist ein weiterer Schritt zur Integration.

Wo ist eigentlich der Feind, der all diesen Aufwand rechtfertigt? Mit Panzern und Artillerie gegen einzelne Terroristen und gegen Flüchtlinge? Aber es wird sicher ein Feind gefunden werden oder zumindest ein Bild von diesem Feind. Hauptsache verteidigungsfähig in Europa und kriegsfähig in aller Welt, denn ohne hochgerüstetes Militär kann keine weltweite Verantwortung übernommen werden!

Eine Verteidigungsunion als Motor einer vertieften Europäischen Gemeinschaft ist gar nicht so utopisch, denn solche Projekte müssen finanziert wer-

den. Die einzelnen Staaten sind überfordert, solche Projekte auf nationaler Ebene zu schultern. Am einfachsten ginge dies doch mit einem europäischen Finanzminister. Den gibt es nämlich noch nicht und er wäre ein großer integrativer Fortschritt. Am besten zwei Minister, einem deutschen und einem französischen, die im Tandem oder im monatlichen Wechsel die Gelder bereitstellen.

Diese Projekte werden der Kleinstaate-rei innerhalb der EU den Garaus machen und zu einer gesamteuropäischen Verteidigungspolitik führen müssen. Was will man mehr? Wobei immer noch nicht die Frage nach dem Feind geklärt ist.

Die Rüstungsindustrie jubelt. Sie kann sich als Friedensmacht und als Integrationsmotor fühlen. Es wird gewiss genügend Lobbyisten geben, die diese frohe Botschaft unters Volk bringen werden und genügend Politiker die ihnen zur Seite springen werden. Sie werden betonen, dass Steuergelder in Europa bleiben werden und Arbeitsplätze erhalten, wenn nicht sogar neue geschaffen werden. Sie werden betonen, dass Technologien, die auch in zivilen Bereichen nützlich sind, weiterentwickelt werden. So weit nichts Neues.

In der Vergangenheit sind europäische Rüstungsprojekte nicht immer gelungen. Erinnerung sei nur an das Transportflugzeug Airbus A400M.

Weshalb wird jetzt so viel Vertrauen in die Rüstungsindustrie gesetzt? Aber vielleicht kann man auch mit untauglichem Material einen Integrationsbeitrag leisten?

Zuerst rüsten wir uns auf, dann verkaufen wir das Kriegsgerät an jeden, der bezahlen kann, egal was er damit zerstört und wen er damit tötet. Sieht so europäische Verantwortung aus?

Noch einen Vorschlag zum Schluss: **Wie wäre es, wenn die EU ihrer weltweiten Verantwortung zuerst in der Flüchtlingsfrage gerecht werden würde statt aufzurüsten?**

Norbert Kern, Wendelsheim

CDU produziert Fake News à la Trump

„Soziale Schieflage“ ist Fake News von rechts und links

Kürzlich erzählte Annette Widmann-Mauz (CDU) das angestaubte Stammtisch-Märchen, eine Vermögensteuer wäre grundgesetzwidrig. Das ist falsch. Denn die Steuer ist bis heute formal gültig (Grundgesetz Art.106), nur die Art ihrer Berechnung wurde 1995 im BVG-Urteil außer Kraft gesetzt.

Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten, weil die ungezügelt Anhäufung von Reichtum unsere gesellschaftliche Ordnung gefährdet. Dann behauptete sie, bei der Wiedereinführung dieser Steuer würden die Mieten steigen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Die drastische Senkung von Steuern für die Reichen hat dazu beigetragen, dass der Staat weniger Geld für Wohnungsbau ausgibt und die Mieten explodieren.

Rottenburgs Oberbürgermeister Neher hat auf der Vertreterversammlung der Volksbank Nachrichten von der „sozialen Schieflage“ in Deutschland als Fake News von links und rechts bezeichnet.

Tatsache ist: Momentan müssen sieben Millionen Beschäftigte im Niedriglohnbereich arbeiten. Sie bekommen unter 9,60 Euro die Stunde und werden in Altersarmut landen, denn der entkommt man erst, wenn man über 12 Euro pro Stunde verdient.

Nach der offiziellen EU-Definition gelten heute 16,5 Prozent aller Menschen ab 65 Jahren in Deutschland als arm. In absoluten Zahlen: 1,1 Millionen Männer und 1,6 Millionen Frauen, also 2,7 Millionen Menschen. **Alles Fake News des DGB, Herr Neher?**

Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stieg die Kinderarmut weiter an: Etwa 2,7 Mio. Kinder leben in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens, sind also trotz des enormen Wirtschaftsaufschwungs armutsgefährdet. Von dem sehen sie Null Cent, weil

jede Erhöhung des Kindergeldes auf Hartz IV angerechnet wird. Wie realitätsblind ist die CDU, wenn das Bildungs- und Teilhabepaket für arme Kinder seit 2011 nicht erhöht wurde und von den 570 Mio. Euro Kosten allein 182 Mio. für Verwaltung ausgegeben werden?

In der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ hat CDU-General Volker Kauder den 'gravierenden Unterschied' zwischen



CDU- und SPD-Wahlprogramm damit erklärt, dass die SPD ein Umverteilungsprogramm habe, die CDU ein 'Steuerentlastungsprogramm'. Das ist gleich doppelt falsch! Seit Jahren betreibt die CDU eine klassische Umverteilung durch Steuerstreichungen für Reiche von unten nach oben, zuletzt bei der Erbschaftsteuer. 400 Milliarden pro Jahr werden demnächst umverteilt.

Zweitens behauptet Kauder: „Die oberen 15 Prozent zahlen 80 Prozent der Steuern.“ Diesen Unsinn erzählt die CDU seit Jahren, indem sie die Mehrwertsteuer, die hauptsächlich von der breiten Masse der Bevölkerung gezahlt werden muss – und die die CDU erhöht hat! - weglässt und nur die Steuern auf Einkommen und Gewinne berücksichtigt. Selbst da widerspricht ihr die liberal-konservative Stuttgarter Zeitung (4.7.2017) umgehend: In Baden-Württemberg gibt es aktuell 5,5

Mio. Steuerpflichtige, deren Einkünfte 213 Milliarden Euro betragen. Das Land hat bundesweit die höchste Anzahl an Einkommensmillionären, 2989 im Jahr 2013. Obwohl ihr Anteil an den Steuerpflichtigen nur 0,05 Prozent ausmacht, erzielten sie 4,3 Prozent aller Einkünfte! Ihr Anteil an der gesamten Einkommenssteuer des Landes betrug 7,5 Prozent - weit entfernt von 80 Prozent!

Seinem Namen mehr als gerecht wurde die Taube(r) Nuss. Der CDU-Generalsekretär verkündete per Twitter vollmundig das CDU-Ziel der Vollbeschäftigung mit den Worten: „Nur mit einer guten Ausbildung verdient man genug, damit man nicht drei Mini-Jobs braucht, um über die Runden zu kommen.“ Er entgegnete einem Leser: „Wenn sie was ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.“

Tauber braucht nicht nur Nachhilfe in Rechtschreibung, sondern auch in der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung.

Erstens ist Vollbeschäftigung keine Garantie für ein gutes Leben. Denn 2003-2016 hat die Zahl der atypischen Arbeitsplätze um über 50 Prozent auf insgesamt 14,5 Mio. zugenommen, davon allein 5,1 Mio. in ausschließlich geringfügiger Beschäftigung. Aber Tauber kennt nicht einmal die Aussagen seiner eigenen Regierung. Sie antwortete im März 2017 auf eine Anfrage der **LINKEN**, dass 49 Prozent der Minijobber einen anerkannten Berufsabschluss haben, neun Prozent sogar einen akademischen Abschluss. Wahrscheinlich beherrschen sie die deutsche Sprache wesentlich besser als die taube Nuss!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

G20 - Treffen in Hamburg

Wozu dieses überflüssige Spektakel?

Wer die Szenen im Hamburger Schanzenviertel gesehen hat, dem muss klar sein, dass es bei einigen nicht um die Ausübung eines Grundrechts ging, sondern um Zerstörung der Zerstörung willen. Dem Geschehen eine politische Botschaft zu unterstellen, fällt schwer, auch wenn die Aussage „Protest gegen das System“ heißen soll.

Wer die Ergebnisse des Treffens der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer mit „Außer Spesen nichts gewesen“ zusammenfasst, liegt nicht so falsch. Wobei der Begriff „Spesen“ verniedlichend 130 Mio. Euro bedeutet.

Wenn schon das Gipfeltreffen inhaltlich nicht gebracht hat, so ist doch klar geworden, dass die Gefährdung der Grundrechte, die Militarisierung im Innern und die Sicherung der Ordnung durch immer mehr Überwachung des Bürgers und Einschränkung seiner Rechte deutlich geworden ist. Die Annahme, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Art.8 GG) unter einem Vorwand beschnitten wird, liegt nahe.

Meldeauflagen für potenzielle Gewalttäter und Fußfesseln sind schon durch den Bundesinnenminister in Gespräch gebracht worden. Interessant wird es, wie verhindert wird, dass Gewalttäter aus dem Ausland anreisen, die noch nicht schwarz gekleidet und verummmt sind. Eine europäische Gewaltäterdatei soll schon im Vorfeld dazu führen, etwaige Straftaten zu verhindern. Der Begriff „potenziell“ fördert den Missbrauch um Personen einzuschüchtern oder präventiv wegzusperren.

Aufgrund der medialen Berichterstattung trat die Kritik am G20-Gipfel in den Hintergrund. Über den alternativen Gipfel wurde nur am Rande berichtet. Er ist zu friedlich abgelaufen und war eine ausführlichen Berichterstattung nicht wert. Protest, der geordnet abläuft, der bunt und entspannt daherkommt, ist gegenüber den brennenden Barrikaden und geplünderten Läden

keine Schlagzeile wert. Man muss ihn der linken Ecke zuschieben, ihm etwas Systemkritisches geben, damit sich die Sendezeit lohnt.

Man darf Vermutungen anstellen, ob die Eskalation politisch gewollt war.

Hamburg sollte als Manöverfeld für einen polizeilichen Großeinsatz dienen. Jeder andere Anlass wäre schwerer vermittelbar gewesen.

Das polizeiliche Abschreckungspotenzial sollte präsentiert werden. Es sollen 45 Wasserwerfer bereitgestanden haben und 20.000 Polizisten waren im Einsatz. Es sollte die Notwendigkeit ihres Einsatzes legitimiert werden. Die übermittelten Bilder scheinen den Einsatz zu rechtfertigen. Aber nur 186 Verdächtige wurden während der Randalen festgenommen. In 51 Fällen wurden richterlich Haftbefehle erlassen. Mit dem Hinweis auf Hamburg wird es nicht lange dauern, wieder die Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr im Innern zu fordern.

Wie ist einzuordnen, dass Polizistinnen und Polizisten drei Tage ohne Schlaf im Dienst gelassen wurden? Legte man es darauf an, sie an die Grenzen körperlicher und nervlicher Belastung zu führen um Fehlreaktionen zu provozieren?

Wenn das Motto „Deeskalation durch Härte“ ausgegeben wird, bevor etwas passiert ist, dann ist das eine Drohung und hat mit Entspannung und Beruhigung einer Situation nichts zu tun. Wenn Deeskalation von Seiten der Polizei mit Kapitulation gleichgesetzt wird, muss man sich über übertriebene Härte nicht wundern.

Es muss erstaunen, dass bei einer etablierten „linken“ Szene in Hamburg, die bestimmt unter Beobachtung der Behörden steht und deren (internationalen) Kontakte bekannt sind, taktisch unklug vorgegangen wurde. Wenn ein Bündnis von Aktivisten eine Demonstration unter

„Welcome to hell“ anmeldet, kann das Überraschungsmoment nicht so groß gewesen sein, über das, was dann geschehen ist.

Ob die Strategie der Polizei gescheitert ist, sei dahingestellt. Festzuhalten bleibt, dass es 20.000 Polizisten nicht gelungen ist, Ausschreitungen zu verhindern. Aber inzwischen wird deutlich, dass deren Aufgabe in erster Linie darin bestand, die Gipfelteilnehmer zu schützen.

Es gibt aber auch einige Hinweise, die zu dem Schluss führen, dass die Eskalation nicht gewollt war. Man wollte keine hässlichen Bilder von brennenden Barrikaden und geplünderten Läden in die Welt geschickt sehen, Bilder, die zeigen, dass die Ordnung trotz des Aufgebots an Personal und Material nicht aufrecht erhalten werden konnte. Man wollte eine Elbphilharmonie mit den Mächtigen dieser Welt zeigen, die auf Einladung der Bundeskanzlerin gekommen sind. Man wollte ein schönes und reiches Deutschland einer Weltöffentlichkeit präsentieren. Es sollte eine schöne Werbeveranstaltung für Stadt und Land werden.

Die Eskalation konnte nicht gewollt sein, denn es wird nicht nur nach Schuldigen unter den Tätern sondern auch unter den politisch Verantwortlichen gesucht werden. Aber in Wahlkampfzeiten lässt man sich die Gelegenheit nicht entgehen, den Wählern die Unfähigkeit des politischen Konkurrenten zu beweisen, zumal, wenn es sich um die Innere Sicherheit handelt. Oder kamen deshalb die marodierenden Autonomen manchem doch nicht so ungelegen?

Was wird bleiben? Bilder von martialisch verummmten Polizisten auf der Straße und gleichzeitig genüsslich Beethoven hörende Staatsgäste in der Elbphilharmonie.



Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Mittig in der Mitte

Von der Orientierungslosigkeit der Mittmenschen

VORSICHT! SATIRE?

Wer die Gefahr von rechts und die Gefahr von links gleichsetzt, wie anlässlich einer Veranstaltung zum Thema „Rottenburg - Umgang einer Stadt mit rechter Hetze“ kürzlich durch den Oberbürgermeister geschehen, der kann rechts und links nicht unterscheiden. Stellt diese Gleichsetzung nicht auch eine Gefahr dar? Ist es ein Zeichen von Orientierungslosigkeit oder das Verniedlichen rechter Propaganda und Hetze wie sie dem Kopp-Verlag in Rottenburg zugeschrieben wird?

Es ist im Straßenverkehr gefährlich links und rechts zu verwechseln - egal ob Links- oder Rechtsverkehr vorgeschrieben ist - und auch im „Politikverkehr“ ist es nicht weniger verantwortungslos links und rechts gleichzusetzen. Keiner will einem Falschfahrer begegnen.

Übrigens: Bei Rechtsverkehr wird mit Voraussicht links überholt um schneller voranzukommen. Warum setzt sich diese Erkenntnis nicht auch in der Politik durch? Einfach links wählen, um zügig sozial voranzukommen und rechts fahrende soziallahme Enten zu überholen.

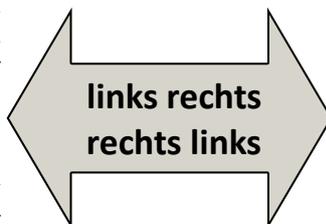
Wer links und rechts nicht unterscheiden will oder kann, der behauptet ein-

fach er sei Mitte. Diejenigen, die behaupten Mitte zu sein, tun sich nicht schwer ihren Ort zu definieren. Sie sind weder noch - weder Fisch noch Fleisch, weder progressiv noch reaktionär. Aber konservativ sind sie schon. Ihr Motto: Nur keine Experimente wagen! Diejenigen, die für sich die Mitte beanspruchen, können anderen leicht eine extremistische Position zuschreiben, ohne dies groß begründen zu müssen. Wer nicht Mitte ist, ist Extremist. So einfach ist das.

Es ist nicht ganz einfach die Mitte zu bestimmen. Alle wollen Mitte sein. Es ist der Ort zum Einnisten. Die SPD mittigt etwas links davon, die FDP - ja wo nun?, natürlich die CDU und die mittigste Mitte nimmt die CSU für sich in Anspruch. Es gibt wenige, die sich zu ihrer Position bekennen und dies sogar in ihrem Namen sagen: **DIE LINKE**. Da weiß man wo's langgeht.

Für diejenigen, die sich wohligh in der Mittel suhlen, gibt es kein rechts und links und oben und unten und vorne und hinten. Sie sind die Norm, sie sind die Normalen. Vielleicht gibt es noch

ein Ost und ein West, um den bösen „Feind“ zu lokalisieren und den Ort hehrer „Werte“ zu fixieren, vielleicht noch ein Nord und Süd um Überlegenheit und Rückständigkeit einen Platz zuzuweisen.



Die Unfähigkeit rechts und links unterscheiden zu können, ist weniger ein Problem des Sehvermögens, obwohl das rechte Auge schon blind sein kann und die (Ein-)Sicht getrübt, sondern eher eine Unzulänglichkeit im Kopf. Vielleicht zurückzuführen auf eine frühkindliche Entwicklungsstörung? Mit dieser Schwäche sollte man nicht kokettieren. Zwar erspart sie viel Denkarbeit und vereinfacht das eigene Weltbild, aber die Folgen können zu dramatisch sein, nämlich gesellschafts- und staatszerstörend. Und da sind wir wieder bei den Geisterfahrern.

Dummerweise ist für die Versager bei rechts und links die alte Regel „Links ist, wo der Daumen rechts ist“ auch keine Hilfe. Aber wir merken uns:

Der rechte Weg kann auch der linke - pardon: **DIE LINKE** - sein.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 22. Juli 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 26. Juli 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte

Bei Taki, Rutenweg 11 (Kleintierzüchterverein)

Sommerfest der LINKEN

Samstag, 29. Juli 2017 s. Hinweis und Einladung auf Seite 2

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 16. September 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 20. September 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Bei Taki,

Rutenweg 11 (Kleintierzüchterverein)

Bitte beachten!!!

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe: Freitag, 14. Juli 2017

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49